

# Staatsrat verteidigt Reservenbildung

Der Staatsrat hat aus der positiven **Jahresrechnung 2015** rund 100 Millionen Franken in Fonds zur Reservenbildung gelegt. Vor dem Grossen Rat hat er gestern dieses Vorgehen begründet und vor einer unsicheren Zukunft gewarnt.

URS HAENNI

48,5 Millionen Franken aus dem Gewinn der Nationalbank, 44,8 Millionen Franken aus zusätzlichen Steuereinnahmen von natürlichen Personen und 19,8 Millionen Franken von juristischen Personen: So setzen sich die ausserordentlichen Einnahmen des Kantons Freiburg im vergangenen Jahr zusammen, rechnete Nadine Gobet (FDP, Bulle), Sprecherin der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission, gestern dem Grossen Rat vor. «Ein Drittel dieser Einnahmen ist konjunkturell bedingt», so Gobet. «Sie waren nicht budgetiert, unvorhersehbar und punktuell.»

Die Kommission gab bei der Debatte dem Staatsrat ein gutes Zeugnis für die Einhaltung des Budgets und die Verwendung des unverhofften Gewinns (FN vom 7.4.).

Dass der Staatsrat 102 Millionen Franken in Reserven legt, sei durch die Finanzperspektiven in einer ungewissen Zukunft gerechtfertigt. Grossrätin Gobet erwähnte etwa die Pensionskasse des Staatspersonals, zu dem eine Arbeitsgruppe gegründet worden sei, um mögliche weitere Massnahmen zur längerfristigen Finanzierung zu analysieren.

Gemäss Gobet ist die Mehrheit der Kommission der Meinung, dass sich die 2013 eingeleiteten Sparmassnahmen als richtig erwiesen und 2015 Früchte getragen haben. Auch befürwortete die Kommissionsmehrheit, dass der Staatsrat den Nationalbankgewinn in einem Fonds über Jahre verteile. Schliesslich wies Gobet darauf hin, dass aus dem heutigen Vermögen von über 1,1 Milliarden Franken 52 Prozent zweckgebunden sei.

## Trüber Finanzplan

«Trotz des Gewinns von 2015 und den Sparmassnahmen bleibt die Zukunft heikel», ergänzte Finanzdirektor Georges Godel (CVP). Er verwies auf ein vom Bund am Vortag angekündigtes Sparprogramm, das negative Auswirkungen auf die Kantone haben werde. Dank des Fonds aus dem Nationalbankgewinn erreichte Freiburg über vier Jahre eine Stabilität. Dazu würden je rund 20 Millionen



Finanzdirektor Georges Godel: «Wir haben sehr wohl eine Vision und eine Investitionsstrategie.»

Bild Charles Ellena

Franken das Ende der Sparmassnahmen beim Staatspersonal und allfällige Ausfälle aus der Unternehmenssteuerreform III dämpfen. Godel sagte zudem, dass der Finanzplan für 2017 einen Verlust von 140 Millionen Franken vorsehe. «Aktuelle Daten deuten darauf hin, dass der Fehlbetrag noch grösser ausfallen dürfte.»

Die Ausführungen des Staatsrats wurden von bürgerlicher Seite unterstützt. «Wir begrüssen diese Politik der Vorausnahme von Risiken», sagte Albert Lambelet (CVP, Corminboeuf). Stéphane Peiry (SVP, Freiburg) meinte, die zusätzlichen Steuereinnahmen hätten ihre Ursachen in den Jahren 2013 und 2014, als wirtschaftlich gute Zeiten herrschten.

Die Ratslinke wertete das Jahresergebnis deutlich kritischer. René Thomet (SP, Villars-sur-Glâne) sagte, er sei zufrieden mit der Rechnung, nicht aber mit der Verwen-

dung des Gewinns. Während er die Rückstellung für das Staatspersonal und die jährliche Verteilung des Nationalbankgewinns begrüsst, sieht er die Reserven für die Unternehmenssteuerreform als Eingeständnis, dass der Staatsrat mit nicht bekannten Einnahmeausfällen rechne. Die nicht verwendeten 24 Millionen Franken Gewinn bedeuten für ihn: «Der Staatsrat hat keine Vision und keine Strategie zur Verwendung des Vermögens.»

Claude Chassot (CSP, Villars-le-Gibloux) schlug vor, einen grossen Betrag zur Finanzierung eines starken Kantonszentrums zu investieren.

Godel wehrte sich: «Die Regierung hat sehr wohl eine Vision und eine Investitionsstrategie. Wir investieren, was nötig ist. Aber wir dürfen nicht plötzlich Investitionsgelder für den laufenden Betrieb verwenden. Das wäre der Anfang vom Ende.»

## Motion: Grossrat verlangt Rückerstattung ans Personal

Grossrat Olivier Suter (Grüne, Estavayer-le-Gibloux) hat gestern eine Motion eingereicht, die er dringlich bereits in dieser Session behandelt haben möchte. Er verlangt im Gesetz über das Staatspersonal einen Zusatz zu den Sparmassnahmen, gemäss dem eine Rückerstattung des Solidaritätsbeitrags möglich sein soll.

Der Motionstext verlangt Folgendes: «Falls der Staat in der Periode 2014–2016 einen Jahresgewinn macht, welcher die durch das Staatspersonal als Solidaritätsbeitrag geleistete Summe überschreiten sollte, so erstattet der Staat die Gesamtheit des Solidaritätsbeitrags des entsprechenden Jahres an seine Angestellten zurück. Dieser Artikel kann retroaktiv bei

der Prüfung der Jahresrechnung angewandt werden.»

Mit dieser Motion hat Suter auf bereits früher gemachte Aussagen von Finanzdirektor Georges Godel reagiert. Dieser hatte gesagt, Massnahmen auf dem Personal können bei der Erstellung des Budgets diskutiert, nicht aber nachträglich zurückerstattet werden können.

Im Anhang zur Motion schreibt Suter, der Solidaritätsbeitrag des Personals habe nicht dazu gedient, die Finanzen ins Lot zu bringen, sondern das Vermögen des Kantons um rund 100 Millionen Franken anzuhäufen. Suter und sieben Mitunterzeichner verlangen eine dringende Behandlung der Motion, so dass das Geschäft noch 2016 behandelt werden kann. *uh*

## Zwei Verletzte nach Brand in Domdidier

Nach einem Brand in Domdidier wurden am Montag zwei Personen ins Spital eingeliefert.

**DOMDIDIER** Eine Drittperson meldete am Montagabend gegen 19.45 Uhr der Feuerwehr einen Brand in einem Mehrfamilienhaus an der Route du Pra-Riond in Domdidier. Dies teilt die Kantonspolizei Freiburg mit. Beim Brandort angekommen, stellte die Feuerwehr fest, dass dichter Rauch aus der Wohnung im zweiten Stock des Mehrfamilienhauses drang.

Gegen 20.20 Uhr, rund eine halbe Stunde nach der Alarmierung, brachten die 30 Feuerwehrleute den Brand unter Kontrolle. 20 Personen, die im betroffenen Haus sowie im benachbarten Gebäude wohnen, mussten evakuiert und in der Orientierungsschule Domdidier betreut werden. Die meisten Betroffenen konnten später wieder zurückkehren. Drei Familien mussten die Nacht hingegen bei Angehörigen verbringen. Die Brandursache sowie die Höhe der Schäden seien noch unbekannt, so die Kantonspolizei. *sos*

## Express

### 4575 Franken für den Verein Tinguely 2016

**GRANGES-PACCOT** Das Möbel- und Dekorationsgeschäft Interio hat Ende April eine Filiale in Granges-Paccot eröffnet (die FN berichteten) und dabei eine Freiburger Kollektion versteigert. So sind 4575 Franken zusammengekommen. Interio schenkt dieses Geld dem von Stadt und Kanton Freiburg gegründeten Verein Tinguely 2016. Der Verein organisiert dieses Jahr zum 25. Todestag des Künstlers Jean Tinguely zahlreiche Veranstaltungen. *njb*

### Umfahrungsstrasse in Bulle geschlossen

**BULLE** Die Umfahrungsstrasse H189 in Bulle bleibt in den Nächten von heute auf morgen Donnerstag, 12. Mai, sowie in der Nacht von Donnerstag auf Freitag, 13. Mai, zwischen 20 und 5 Uhr für jeglichen Verkehr gesperrt. Grund für die nächtliche Sperrung sind Unterhaltsarbeiten an der Strasse, wie die Polizei mitteilt. *fg*

## Gelder aus Energiefonds für Messehallen

Der Kanton hat über zwei Jahre je 120 000 Franken für Forum Freiburg und Espace Gruyère aus dem Energiefonds gesprochen. Nach Kritik aus dem Grossen Rat ist Schluss damit.

URS HAENNI

Bei der Beratung über die Rechnung und den Tätigkeitsbericht der Volkswirtschaftsdirektion legte Ursula Krattinger-Jutzet (SP, Düdingen) als Sprecherin der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission den Finger auf einen wunden Punkt. Aus dem Bericht zum Energiefonds geht nämlich hervor, dass 2013 und 2014 je 120 000 Franken zur Finanzierung des Forums Freiburg und von Espace Gruyère verwendet wurden. Krattinger äusserte die Kritik der Kommission vor dem Grossen Rat und sprach

von einer Zweckentfremdung der Gelder aus dem Energiefonds.

Volkswirtschaftsdirektor Beat Vonlanthen (CVP) war durch die Kommission bereits vorgängig auf die Thematik aufmerksam gemacht worden. Wie er sagte, sei der Staatsrat 2013 kurzfristig mit den Finanzproblemen der beiden Freiburger Messehallen konfrontiert worden und habe schnell und ohne Budget handeln müssen.

«Der Staatsrat hat damals entschieden, 360 000 Franken aus Fonds zu entnehmen, die gut gespiesen sind», so Vonlanthen. Die Wahl fiel auf den

Fonds der Neuen Regionalpolitik und den Energiefonds. Gemäss Vonlanthen gibt es durchaus Beziehungspunkte zwischen den Messehallen und den Bereichen Energiesparen und erneuerbare Energien. So hätten die beiden Fachmessen Energissima und Salon Bois im Forum Freiburg und dem Espace Gruyère stattgefunden. «Das gibt eine gewisse Legitimation und kann auch einen Impuls in der Energiepolitik vermitteln», so Vonlanthen. Wie er sagte, sei auch eine Vereinbarung mit den Messehallen ausgearbeitet worden, ge-

mäss der dem kantonalen Amt für Energie Gratis-Ausstellungsflächen zur Verfügung stünden.

Wie Vonlanthen sagte, habe der Staatsrat im Juni 2015 beschlossen, die Unterstützung zu bekräftigen und einen zusätzlichen Budgetposten vorzusehen. Nach dem Vorbehalt aus der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates schlage Vonlanthens Direktion nun vor, 2016 die gesamte Subvention als Zusatzkredit ins Budget 2016 einzubringen und sie 2017 im ordentlichen Budget aufzuführen.

## Der Mordfall von Frasses kostet 200 000 Franken

Das Freiburger Justizwesen hat Mühe, das staatliche Budget einzuhalten. Zum grossen Arbeitsanfall kommen noch Einzelfälle, die besonders viel kosten.

**FREIBURG** Der Grosse Rat hat gestern die Berichte und Rechnungsabschlüsse der richterlichen Behörden und der Sicherheits- und Justizdirektion zur Kenntnis genommen. Dabei kam in Voten von Grossräten zum Ausdruck, dass die Budgets kaum genügen. Rudolf Vonlanthen (FDP, Giffers) bemerkte, dass die Staatsanwaltschaft das Budget deutlich überschritten habe. Erika Schnyder (SP, Villars-sur-

Glâne) sagte, es sei Zeit für ein Alarmsignal: «Die Justiz muss funktionieren, und der Staat soll nicht Kapital anhäufen.»

Justizdirektor Erwin Jutzet sagte, der Justizrat habe mehrfach interveniert, und deshalb würden nun Wanderrichter eingeführt. Er werde im Rahmen des Budgets 2017 erneut mehr Stellen beantragen. Jutzet sagte auch, dass einzelne Fälle sehr teuer seien: «Letzte Woche habe er für den Mordfall von Frasses Kosten von 200 000 Franken unterschrieben. Da ist der Strafvollzug noch nicht eingerechnet.» Da der Mordfall «Marie» beim Kanton Waadt liege, blieben Freiburg Kosten von 1 Million Franken erspart. *uh*